

## 6. Solidarität (Beispiele)

### Vom „Druck der Straße“\*

„Volksverhetzend“ nannte Kanzler Kohl die bundesweiten DGB-Aktionen am 6. März gegen die Änderung des § 116 AFG. Es werden nicht die letzten sein, wie die Gewerkschaften prophezeien.

Es war ein Tag der Rekorde im hohen Norden der Republik. Die größten Gewerkschaftskundgebungen seit Bestehen der Bundesrepublik wurden aus Bremen (23000 Teilnehmer), Cuxhaven (1500 Teilnehmer), Emden (10000 Teilnehmer), Hamburg (106800 Teilnehmer), Neumünster (3200 Teilnehmer) und Oldenburg (9000 Teilnehmer einschließlich der 3000 in Delmenhorst) gemeldet. Auch die Verwaltungsstellen Bergedorf und Elmshorn (mit fünf Einzelkundgebungen) berichten von den größten Demonstrationen seit über 40 Jahren.

In vielen Städten und Orten beteiligten sich Arbeitnehmer und ganze Belegschaften außerhalb der Metallwirtschaft zum ersten Mal geschlossen an Protestkundgebungen gegen die Änderung des Paragraphen 116.

So legten die Beschäftigten der Cuxhavener Fischereibetriebe die Arbeit nieder und gingen geschlossen zur Kundgebung.

In Puttgarden verzögerte sich die Abfahrt der beiden deutschen Fährschiffe zwischen Fehmarn und Dänemark, weil die zusammen 700köpfige Belegschaft an Bord Betriebsversammlungen durchführte.

In Bergedorf beteiligten sich Arbeitnehmer der Stadtreinigung mit Müllfahrzeugen an den Protesten.

In Kiel fiel die besonders starke Teilnahme von Bauarbeitern an der Demonstration und Kundgebung auf. Wie in Hamburg nahmen zahlreiche Polizeibeamte an den drei Kieler Kundgebungen teil.

---

\* Auszug aus: „metall“ Nr. 6/20. März 1986, S. 12 ff.

Geschäftsführer mehrerer Firmen in Wilhelmshaven entschuldigten sich bei Betriebsräten und Vertrauensleuten für innerbetriebliche Aushänge gegen die DGB-Aktionen. Sie erklärten, daß die Droh-Aushänge auf Druck des Arbeitgeberverbandes aufgehängt worden seien.

Im katholischen Papenburg sprach ein Geistlicher auf der DGB-Kundgebung und verurteilte die geplante Änderung des Streikparagrafen als „nicht mit der christlichen Soziallehre vereinbar.“

Aus mehreren niedersächsischen Städten wurde von ÖTV-Kollegen über eine Anordnung des Innenministeriums in Hannover berichtet, mit der die Vorgesetzten angewiesen worden waren, am 6. März keine Urlaubs- oder Krankmeldungen zu akzeptieren.

„Nicht mit uns“, sagten Werftarbeiter der Thyssen Nordseewerke in Emden, denen die Geschäftsleitung Drohbriefe ins Haus geschickt hatte. „Vielleicht wären sonst ein paar weniger gekommen“, erklärte einer. „Aber nach den Drohbriefen konnte keiner mehr wegbleiben: Ein Ostfrieser läßt sich nicht unter Druck setzen.“

Rund 25000 Demonstranten versammelten sich vor dem Bernner Rathaus Schöneberg, in dem der „Umfaller“ Eberhard Diepgen (CDU) regiert. Vor kurzem erklärte er doch noch auf Betriebsversammlungen, beim 116 gebe es „keinen Handlungsbedarf“. Jetzt unterstützt er die Bonner Regierungspläne, die von der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies in Berlin als „schändliches Machwerk“ bezeichnet wurden. Allein 15000 Metaller aus 70 Betrieben nahmen an der DGB-Kundgebung teil. Sie erreichten den John-F.-Kennedy-Platz mit zehn Reisebussen, 75 BVG-Bussen und einem U-Bahn-Sonderzug aus Siemensstadt.

Ein von der IG Metall gecharterter Sonderzug der U-Bahn brachte die Kundgebungsteilnehmer aus Spandau („bei Berlin“) und Siemensstadt ins Zentrum. Zum Nulltarif selbstverständlich konnten die Beschäftigten der AEG-Bahnfabrik und mehrerer Siemens-Betriebe zusteigen. Os-

ram-Kollegen trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

100000 Arbeitnehmer legten am 6. März im Bezirk Hannover (130000 in ganz Niedersachsen) an insgesamt 18 Orten stundenweise die Arbeit nieder. Den Auftakt bildeten 30000 VW-Arbeiter, die bereits morgens um 10 Uhr zur Protestkundgebung des DGB vor das Rathaus marschierten. Mit insgesamt 33000 Menschen erlebte Wolfsburg damit die größte Demonstration nach Kriegsende.

Weitere Schwerpunkte waren Braunschweig und Hannover: Während auf dem Braunschweiger Kohlmarkt 17000 Arbeitnehmer aus dem Raum Peine, Helmstedt, Wolfenbüttel, Salzgitter und Goslar zusammenkamen (weitere 5000 aus Salzgitter blieben auf den Zufahrtswegen hängen), zogen in der Landeshauptstadt Hannover 30000 Arbeitnehmer, davon 20000 Metaller aus 46 Betrieben, auf die Straße. Sie sammelten sich an neun im Stadtgebiet verstreuten Protestorten.

Trotz massiver Drohungen der Geschäftsleitungen folgten dem Aufruf des DGB auch in kleineren Städten wie Lüneburg 1500, Herzberg 350, Bad Lauterberg 600, Holzminden 700, Alfeld 700 und Bodenwerder 200 Arbeitnehmer.

Fast geschlossen beteiligten sich die VW-Arbeiter und -Angestellten aus allen sechs inländischen VW-Werken Wolfsburg, Hannover, Emden, Braunschweig, Salzgitter und Kassel mit insgesamt 67000 Teilnehmern. In Hannover fiel bei VW durch Protestkundgebung und Betriebsversammlung über acht Stunden die Produktion aus, in Wolfsburg schätzte die Werksleitung einen Ausfall von 500 bis 600 Fahrzeugen.

Nicht beirren ließen sich die Beschäftigten der metallverarbeitenden Bionwerke in Springe bei Hannover. Als die Geschäftsleitung jedem Arbeitnehmer bei Verlassen des Arbeitsplatzes „arbeitsrechtliche Konsequenzen“ androhte, schickte die zuständige IG Metall Hameln

jedem der 630 Beschäftigten noch am 5. März einen Brief ins Haus. „Es hat prima geklappt“, meinte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Lothar Hoffmann, „wir hatten bei der Kundgebung auf dem Springer Marktplatz fast 1000 Leute. Das ist für Springe einmalig.“

Bei Hanomag in Hannover setzte die Geschäftsleitung die Daumenschrauben an. Schon vormittags drohten Meister und Abteilungsleiter den über 1000 Beschäftigten mit der fristlosen Entlassung bei Strafe der Teilnahme an der DGB-Kundgebung. Dann standen die Vorgesetzten an den Stempeluhren: „Du brauchst morgen nicht wiederkommen.“ Trotzdem zogen 150 Kollegen vors Tor, um an der Veranstaltung im hannoverschen Ortsteil Ricklingen teilzunehmen.

Obwohl die Geschäftsleitung der AEG Hameln den Betriebsräten noch im Vorfeld zum 6. März signalisiert hatte, es werde „nichts passieren“, hing morgens zum Frühstück ein massives Drohschreiben am Schwarzen Brett. Der Betriebsrat reagierte schnell: Eine Stunde später wurde ein eigens aufgesetztes Flugblatt der IG Metall an „alle Arbeitnehmer der AEG“ verteilt. Betriebsratsmitglied Detlev Feuerhake: „Unsere Metaller hatten keine Angst, 500 haben sich an der Protestkundgebung beteiligt. Das war eine feine Sache.“

Bei der 334 Beschäftigte zählenden Maschinenfabrik Kurt Neubauer aus Wolfenbüttel riß Personalchef Wiche höchst-richterlich die Plakate des DGB vom Schwarzen Brett, der Betriebsrat hängte sie anschließend wieder auf. Darüber hinaus versuchte Wiche am 4. März mit einer einstweiligen Verfügung, die Arbeitsniederlegung zu verhindern. Das Arbeitsgericht wies den Antrag ab.

Ebenso wurde ein noch am Donnerstag vormittag gestellter Antrag der Siemens AG in Braunschweig, ihrem Betriebsratsvorsitzenden Rolf Ilseman zu untersagen, zur Teilnahme an der Demonstration aufzurufen, vom Arbeitsgericht zurückgewiesen. Dennoch stand um 13 Uhr Personalchef Veselky persönlich am Tor, um

die Beschäftigten unter Druck zu setzen - zuvor zugesagte Passierscheine wurden plötzlich verweigert. 150 Beschäftigte zogen trotzdem zur Kundgebung.

Noch am Morgen des 6. März versuchte die Geschäftsführung der Gebrüder Jämmrich KG in Hildesheim per einstweiliger Verfügung gegen die bevorstehenden Arbeitsniederlegungen vorzugehen. Doch das Arbeitsgericht Hildesheim wies den Antrag ab. Um sich nicht zu blamieren, hielt die Firmenleitung ihre Bauchlandung vor den 40 Beschäftigten geheim. Betriebsratsvorsitzender Heinrich Köhler: „Wir haben geschlossen an der Kundgebung teilgenommen.“

Mit einer ganzen Bandbreite von Repressalien versuchte die Firma Electrolux-Kern GmbH in Göttingen, die Belegschaft einzuschüchtern. Das Gegenteil wurde erreicht: die Belegschaft solidarisierte sich, viele traten spontan in die IG Metall ein.

Im Fall der Goslar er Firma Uhlig-Rohrbogen versuchte der Verband der niedersächsischen Metallindustriellen, Zivilgerichte und Amtsgerichte gegeneinander auszuspielen. Der Erfolg: die Belegschaft fuhr geschlossen zur Demonstration.

Zur größten Kundgebung im Pott strömten in Dortmund rund 60000 Gewerkschafter zusammen, mit 520 Bussen und in drei Sonderzügen waren sie angereist. Zusammen mit den vielen tausend Dortmundern, die die Arbeit niedergelegt hatten, zogen sie in sieben Marschsäulen aus allen Ecken der Stadt zur zentralen Kundgebung auf dem Alten Markt, in einem wahren Meer von Transparenten aller Einzelgewerkschaften.

Die einstweilige Anordnung, die die Detmolder Firma Hanning Fertigungstechnik gegen die IG Metall beim Arbeitsgericht ohne Anhörung über Nacht erwirkt hatte, sorgte in dem Betrieb mit 70 Beschäftigten erst recht für die richtige Mobilisierung. Die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen legte die Arbeit nieder, fuhr mit über 700 Detmolder Metallern nach Bielefeld.

Bielefeld erlebte mit 12000 protestierenden Gewerkschaftern die größte Kundgebung seit 1976. Ein Großteil der Betriebe in Bielefeld stand still. Trotz mehrerer einstweiliger Verfügungen kamen die Arbeitnehmer aus dem ganzen ostwestfälischen Raum in die Sennestadt, zogen in drei großen Demonstrationszügen zur Innenstadt.

In 45 Betrieben in Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm und Volmerstein stand die Produktion: die Kolleginnen und Kollegen protestierten auf dem Roten Platz in Gevelsberg. 3500 waren es. Die Polizei tat sich mit dem Schätzen schwer, „weil wir so eine große Kundgebung noch nie hatten“.

Aus neun IG Metall-Verwaltungsstellen des Bezirks Hagen protestierten die Kolleginnen und Kollegen in Hagen. 10000 waren es zusammen. Im ganzen Bezirk waren 35000 Metaller beim Protest dabei. Die Hager Arbeitsrichter hatten zwei Unternehmeranträge auf Erlaß von einstweiligen Anordnungen gegen die IG Metall abgelehnt.

Begeistert empfangen wurde in Hagen der katholische Pfarrer König aus Hagen-Haspe, zugleich Dekan im Seelsorgebezirk Ruhrgebiet-Ost. Eine intakte soziale Gesellschaft brauche intakte starke Gewerkschaften, sagte er: „Arbeit geht vor Kapital!“

Erfolgsmeldung auch aus Osnabrück: 4000 protestierten bei der Kundgebung. Im Schmiedewerk Krupp-Klößner stand die Produktion.

Auch Kollegen aus der Druckindustrie protestierten während der Arbeitszeit: Im Druckzentrum des Axel-Springer-Verlags in Essen-Kettwig stoppten die Kollegen der Frühschicht am 6. März um 11 Uhr die Rotationsmaschinen, um pünktlich um 13 Uhr in Dortmund dabei zu sein. Die gesamte Springer-Rotation stand für viele Stunden.

Rund 2500 Arbeitnehmer beteiligten sich an der dezentralen Kundgebung des DGB in Mettmann. Trotz einer einstweiligen Anordnung, die die Firma Mittel-

mann gegen eine Beteiligung an den Demonstrationen erwirkt hatte, verließen allein über 100 „Mittelmänner“ den Betrieb.

Schon zum vierten Mal ging die Frühschicht der drei Dortmunder Hoesch-Stahl-Werke während der Arbeitszeit auf die Straße, legte den Betrieb still. Bis zu 250 Mark Lohn einbußen nahmen viele Kollegen bisher in Kauf, „damit der AFG 116 bleibt wie er ist“.

Unter den 60000 in Dortmund wurden die 80 Metallerinnen der Firma Vedder besonders herzlich begrüßt. In dem reinen Frauenbetrieb stand zum ersten Mal überhaupt „der Laden“. So wie bei der Firma Muckenhaupt in Hattingen; auch hier legten Kollegen zum ersten Mal überhaupt die Arbeit nieder. Einer der schönsten Sprüche: „Herr, vergib ihnen nicht, denn sie wissen genau, was sie tun.“

Am Nachmittag vor dem bundesweiten Protesttag fuhren die Hattinger Metaller mit ihrem Lautsprecherwagen noch einmal alle Wohnviertel der kleinen Ruhrstadt ab, forderten zur Kundgebung auf. Das erfreuliche Ergebnis der „Werbekampagne“: Dichtgedrängt standen 5000 Menschen am 6. März im Regen auf dem Untermarkt; nicht nur Arbeitnehmer hatten „ihre“ Betriebe verlassen, viele Bürger, Hausfrauen und Rentner auch ihre Wohnungen.

Trotz strömenden Regens Riesen-Demos im Ballungsgebiet Rhein-Main: 10000 in Frankfurt, 10400 in der Verwaltungsstelle Darmstadt, 5500 in Hanau und 5000 Demonstranten in Offenbach ließen keinen Zweifel: unser Kampf geht noch lange weiter! Die größte Veranstaltung, die der DGB in Wiesbaden in den letzten Jahren erlebte: 4300 Gewerkschafter nahmen an vier Kundgebungen teil. In der Wiesbadener Innenstadt wurde der Verkehr lahmgelegt.

Fast 20000 protestierende Gewerkschafter: Erneut Riesenkundgebungen in Kassel. Allein vor dem Haupttor von VW in Baunatal versammelten sich 17000 Metaller aus Früh-, Normal- und Spät-

schicht; die Produktion stand still. Rund 7000 waren vor dem Kasseler Rathaus, weitere 400 nahmen in Hofgeismar an Protestaktionen teil - trotz zahlreicher Abmahnungen.

Rund 500 Menschen drängelten sich unter Regenschirmen, als vor dem Limburger Rathaus Irmgard Blättel sprach, im Vorstand der CDU-Sozialausschüsse die Stellvertreterin von Norbert Blüm. Die Gewerkschafterin forderte die CDU-Kollegen wie alle Bürger auf, sich nicht verunsichern zu lassen.

Das war wohl nichts: Persönlich wurde jedem Beschäftigten bei Richard Klinger in Idstein (Taunus) in der Frühe des 6. März ein Brief in die Hand gedrückt. Neben altbekannten Drohungen fand sich darin der Appell an „Vernunft und Verantwortungsbewußtsein“, doch bitte „die politische Diskussion nicht in den Betrieb zu tragen, den Betriebsfrieden dadurch zu gefährden und sich selbst zu schaden“. Die Belegschaft handelte vernünftig - und demonstrierte.

Das halbe Saarland auf den Beinen: In Saarbrücken schlossen sich 12000 den Sternmärschen zum St.-Johanna-Markt an, hörten dort den Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Kurt van Haaren: „Unsere Proteste werden an Schärfe noch zunehmen, wenn die Regierung uns machtpolitisch vorführen will!“ In Homburg/Saar machten 10000 ihren Widerstand gegen die Bonner Pläne deutlich.

Protest im Bezirk Stuttgart: Rund 150000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten gegen den Abbau unseres Streikrechts.

Toll, die Aktionen der Kolleginnen und Kollegen in Neckarsulm! Wieder demonstrierten 8000 Metaller für unser Streikrecht. Darunter mit 3100 Metallern erneut fast die gesamte Spätschicht von Audi. Die Audi-Kollegen legten zum vierten Mal die Arbeit nieder, verzichteten damit insgesamt nahezu auf einen ganzen Tageslohn.

Unternehmer Rosch, Vorstandsmitglied beim Kraftfahrzeugverband Südba-

den, flippte aus. Als die Beschäftigten seines „Autohauses Buhri“ von der Demo am Freiburger Rathausplatz (3000 Teilnehmer) zurückkehrten, hatte Rosch die Werkstattüren verrammelt: Für den Rest des Arbeitstages blieben die Kollegen ausgesperrt.

Von wegen Waldesruh' und Schwarzwaldidylle: In der Verwaltungsstelle Schramberg, gesegnet mit strammen CDU-Mehrheiten, legten 3500 Kollegen die Arbeit nieder. Denn auch hier in deutschen Urlaubslanden ist den Metallern bei Heckler & Koch, bei Mauser, Jung-hans oder Kienzle längst klar geworden: „Wir müssen endlich etwas tun gegen den Abbau unserer Rechte!“

Sternmärsche durch die Innenstadt, dann hörten 20000 Stuttgarter DGB-Chef Ernst Breit: „Wer das Streikrecht aushebelt und die Streikfähigkeit untergräbt, greift Recht und Würde der arbeitenden Menschen an!“ In Sindelfingen demonstrierten weitere 8000 - überwiegend Beschäftigte von Daimler-Benz.

12000 protestierende Kollegen an sechs verschiedenen Orten versammelten sich in der Verwaltungsstelle Esslingen. Besonders öffentlichkeitswirksam: der Autokorso mit 90 Fahrzeugen zwischen Wendungen und Nürtingen.

Großveranstaltungen gab's auch in Reutlingen (5000), Friedrichshafen (4000), Mannheim, Ulm und Heidenheim (jeweils 3000 Teilnehmer).

Im DGB-Landesbezirk Bayern machten rund 118000 Arbeitnehmer ihrem Unmut gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 Luft. 18000 Menschen versammelten sich in München auf dem Marienplatz; in den großen Betrieben wie etwa BMW standen vorübergehend die Bänder still.

Mehr als 8000 Arbeitnehmer - darunter 5000 Metaller - nahmen auf dem Augsburger Rathausplatz an der Protestkundgebung teil. 150 waren es in Rothenburg, 500 in Amper-Lech, 1000 in Bamberg, 2000 in Aschaffenburg, 3700 in Dingolfing (BMW-Werk 2), 3000 in Würzburg,

7000 in Schweinfurt, 15000 in Ingolstadt. Die mächtigste Demonstration mit 30000 Teilnehmern fand in Nürnberg statt.

## Arbeitslose: Hände weg vom § 116 AFG

### Solidaritätsadresse der Arbeitslosentreffs Gladbeck und Bottrop

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitslosentreffs Bottrop und Gladbeck solidarisieren sich mit Eurem Kampf gegen die Änderung des § 116 AFG zu Lasten der Arbeitnehmer.

Arbeitslose sind auch Arbeitnehmer, nur sind sie ihre Arbeit los. Und weil wir eben auch Arbeitnehmer sind, stehen wir eindeutig auf Eurer Seite, wenn es darum geht, daß die Damen und Herren da oben, die uns schon längst aus ihrer Politik und der Gesellschaft abschieben, nun auch die Gewerkschaften aus dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis faktisch ausgrenzen und zu Befehlsempfängern degradieren wollen.

Das paßt zusammen wie Stücke aus einem Puzzle-Spiel: Als Arbeitslose erleben wir seit langem die Folgen dieser Politik am eigenen Leibe. Die Mechanismen zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug des AFG sind in unglaublicher Weise erweitert worden. Immer mehr Arbeitslose erhalten immer weniger oder gar kein Geld mehr.

Daß es Massenarbeitslosigkeit in dieser Gesellschaft - mittlerweile seit 10 Jahren - gibt, ist ein Skandal. Daß die Bundesanstalt für Arbeit in einer solchen Situation Überschüsse in Milliardenhöhe machen kann, ist menschenverachtend und eine Sauerei ersten Ranges.

Die Änderung des § 116 ist die Ausweitung der Rechnung: Der Verarmung der arbeitslosen Individuen soll die Verarmung der Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisationen folgen.

Daß die Arbeitgeber wieder einmal die Nutznießer dieser Neuverteilung von Macht sind, daß die Aussperrung als Machtmittel der Arbeitgeber dazu dient, Unternehmenspolitik ganz ungehindert als Risiko der Arbeitnehmer abzusetzen, daß die Möglichkeiten zur weiteren Erhöhung der Unternehmergewinne wieder einmal vermehrt und ausgeweitet werden, ist bestimmt kein unbeabsichtigtes Ziel dieses politischen Handstreichs.

Die Strategie der „Pferdeäpfel-Theorie“ ist ganz eindeutig zu verfolgen: „Gib den paar großen Pferden ordentlich zu fressen, dann fällt für die vielen kleinen Spatzen auch etwas ab.“

Die Regierenden dieser Republik - das muß man ihnen lassen - verfolgen ihren Weg des Sozialabbaus und der Entrechtung der Mehrheit der Bevölkerung konsequent!

Unsere gemeinsame Aufgabe muß es deshalb sein, mindestens ebenso konsequent in Solidarität gegen diese menschenverachtende Politik anzugehen. In diesem Kampf sind alle gefordert: die Arbeitnehmer in den Betrieben und die Arbeitnehmer außerhalb der Betriebe!

Mit solidarischen Grüßen

Für die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen in den Treffs:

Axel Lippek

## Künstler und Wissenschaftler gegen Änderung des § 116 AFG

### Künstler gegen Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz\*

Am 18. Dezember 1985 verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, durch den § 116 AFG geändert werden soll: die Bundesanstalt für Arbeit soll außerhalb eines Streikgebietes an indirekt von einem Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer kein Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld mehr zahlen dürfen.

Dies bedeutet, daß die bisherige Rechtssituation, nach der das Arbeitsamt in solchen Fällen seine Leistungen grundsätzlich nicht verweigern darf, zu Lasten aller arbeitenden Menschen ins direkte Gegenteil verkehrt wird.

In einer Zeit, in der Massenarbeitslosigkeit herrscht, steht für Unternehmer und Regierung nicht deren Bekämpfung, sondern die Aushöhlung des Streikrechts im Vordergrund. Damit zeigt sich eines der grundlegenden Ziele der politischen Wende: den arbeitenden Menschen in diesem Land soll das wesentliche Instrument, das sie zur Verteidigung ihrer Interessen besitzen, das Streikrecht, aus der Hand genommen werden. Damit würde ihre soziale Position entscheidend geschwächt und ein Grundrecht bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die Aussperrungsmöglichkeiten der Unternehmer bleiben voll erhalten, Arbeitnehmer können nur noch ganz begrenzt streiken - dies ist das Gegenteil von „Neutralität“.

Wir wenden uns entschieden gegen diesen dreisten Versuch, unseren Staat zum Unternehmer-Staat zu machen. Eine Einschränkung des Streikrechts beschädigt die Freiheit und Demokratie in unserem Land. Ohne sie können auch Künstler nicht leben und arbeiten. Deshalb sind wir gegen eine Änderung des § 116 AFG und unterstützen den DGB und seine Gewerkschaften im Kampf gegen die Aushöhlung des Streikrechts.

## Aufruf Berliner Wissenschaftler\*\*

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Auftrag ihrer Verfassung eine soziale Demokratie (Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz). Bestandteil dieses Verfassungsggebots ist das Recht der Gewerkschaften zu selbstbestimmtem Handeln, wozu vor allem die freie Betätigung im Betrieb, das Streikrecht und das Recht zur Gestaltung von Tarifverträgen gehört.

Diese wesentlichen Verfassungsgrundsätze haben die „Väter“ des Grundgesetzes vor dem historischen Hintergrund der durchlebten Nazidiktatur bewußt festgelegt, um ein Umschlagen wirtschaftlicher Macht in politische Diktatur zu verhindern. Diese Verfassungsgrundsätze müssen in der derzeitigen Diskussion um das Streikrecht als gefährdet gelten.

Im Vordergrund der Pläne des Gesetzgebers stehen die Veränderungen des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Initiativen aus den Reihen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sehen vor, Beschäftigten, die außerhalb umkämpfter Tarifgebiete wegen Streik bzw. wegen Aussperrung zur Kurzarbeit gezwungen sind, künftig kein entsprechendes Kurzarbeitergeld mehr zu bezahlen. Dies hätte zur Folge, daß die „kalt“ ausgesperrten Arbeitnehmer entweder ohne Geld dastehen oder aber Unterstützung aus dem gewerkschaftlichen Streikfonds fordern müßten. Praktisch wären damit künftige Tarifaueinandersetzungen nicht mehr auf ein Tarifgebiet beschränkt, sie müßten vielmehr, durch die „kalte Aussperrung“ bedingt, immer bundesweit geführt

\* Unterzeichnet u. a. von: Günter Grass, Ingeborg Drewitz, Martin Held, Curt Bois, Hans Neuenfels, Siegfried Lenz, Erika Pluhar, Franz-Josef Degenhardt, Johannes Mario Simmel, Klaus Staeck, Herbert Grönemeyer, Klaus-Lage-Band.

\*\* Unterzeichnet von rund 200 Professoren und Hochschullehrern aller großen Berliner Universitäten, u. a. von: Peter Hübner und Klaus Künkel (Vizepräsidenten der Freien Universität und Technischen Universität), Ulrich Roloff-Momin (Präsident der Hochschule der Künste), Frieder Naschold (Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin, WZB).

werden. Selbst große Gewerkschaften wie die IG Metall wären binnen kurzer Zeit finanziell ausgeblutet. Alle juristischen Spitzfindigkeiten dürfen deshalb nicht darüber hinwegtäuschen: Hinter diesen Plänen steht der politische Wille, das Streikrecht in der Bundesrepublik auf kaltem Wege einzuschränken oder abzuschaffen. Der entscheidende Schritt einer Veränderung des § 116 AFG wäre der vorläufig letzte in einer Kette von Einschränkungen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit, die bereits durch Richterspruch vollzogen wurden (Streikbrechereinsatz von Beamten, geplante Restriktionen bei Warnstreiks, erweiterter Spielraum bei Ausspernungsmaßnahmen der Arbeitgeberseite).

Alle diese Tendenzen der Rechtsprechung, besonders aber die geplanten Veränderungen des Arbeitsförderungs-gesetzes zielen ins Herz der Koalitionsfreiheit und damit der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit.

Der Streik ist kein Selbstzweck. Er ist das Mittel der gewerkschaftlich organisierten abhängig Beschäftigten, sich durch gemeinsame Arbeitsniederlegung gegen die strukturelle Übermacht der Arbeitgeberseite zu wehren, die über den Besitz an den Produktionsmitteln Herrschaft in Wirtschaft, Gesellschaft und Betrieb ausübt. Ohne die Mittel gemeinsamer Gegenwehr, ohne die gewerkschaftliche Solidarität im Handeln wären wesentliche soziale Errungenschaften nicht erreicht worden, die uns heute selbstverständlich erscheinen. Dazu gehören der 8-Stunden-Tag und kürzere Wochenarbeitszeiten, tarifliche Urlaubsansprüche, die Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall, ein Mindestschutz bei Rationalisierungsmaßnahmen und vieles mehr. Auch zukünftig würde es ohne die verfassungsmäßige Garantie der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit keinen Fortschritt bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und weiteren Versuchen zur tariflichen Arbeitszeitverkürzung geben.

Auch wenn wir die Unterschiede zwi-

schen Bonn und Weimar nicht verkennen, wollen wir doch daran erinnern: Die Einschränkung autonomer gewerkschaftlicher Rechte durch die restriktive Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts und die Beseitigung der Tarifautonomie in den letzten Jahren der Republik waren verhängnisvolle Etappen auf dem Weg zur Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft. Gerade Wissenschaftler, Politiker und Repräsentanten des öffentlichen Lebens standen damals mehrheitlich nicht auf der Seite der Republik. Dies soll sich nicht wiederholen. Daher tut auch das Engagement von Wissenschaftlern not.

Ohne wesentliche Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmerorganisationen wird die soziale Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nicht überleben. Es ist daher notwendig, diese Arbeitnehmerrechte zu erhalten und auszubauen. Wir protestieren öffentlich gegen die Absicht, diese Rechte weiter zu beschneiden und in der zentralen Frage des Streikrechts auf kaltem Wege auszuschalten.

## Lokale Initiativen und Aktivitäten

### VW-Wolfsburg: Protestmarsch vor dem Rathaus

Resolution der Belegschaft des Volkswagenwerks an den Rat der Stadt Wolfsburg\*

#### § 116 AFG darf nicht geändert werden

Die Arbeitnehmer des Volkswagenwerks Wolfsburg sind empört über die Absicht der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zu untergraben.

Wir können keine Gesetzesänderung zum Paragraphen 116 Arbeitsförderungs-

---

\* vom 11. Dezember 1985.



gesetz (AFG) akzeptieren, die das geltende Recht zu Lasten der Arbeitnehmer aufweichen würde. Der Rechtsanspruch kalt ausgesperrter Arbeitnehmer außerhalb umkämpfter Tarifgebiete auf Kurzarbeitergeld, wie er heute durch das Arbeitsförderungsgesetz und die Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit geregelt ist, muß erhalten bleiben.

Über 60000 VW-Arbeitnehmer waren bereits im vergangenen Jahr von der kalten Aussperrung betroffen. Wir werden die Politiker aller Parteien nicht aus ihrer Verantwortung für den sozialen Frieden entlassen. Dies gilt insbesondere für die nächsten Wahlen.

Es geht um die Erhaltung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis. Diese Position erwarten wir von allen Mitgliedern des Rates der Stadt Wolfsburg.

Wir werden gemeinsam mit unserer Gewerkschaft, der IG Metall, unsere Informations- und Mobilisierungskampagne verstärken. Die Unternehmer, die Bundesregierung und die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP müssen weiterhin mit unserer Entschlossenheit zur Verteidigung unserer Arbeitnehmerrechte und unserer Handlungsfreiheit rechnen.

Wir werden wie heute weiterhin durch betriebliche Protestaktionen und durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen nachhaltig unsere Bereitschaft unterstützen, für die Sicherung des Streikrechts zu kämpfen.

### CDU setzt Debatte um §116 ab\*

Auch gestern nachmittag standen im Volkswagenwerk wieder die Räder still: Rund 10000 Beschäftigte der Spätschicht machten sich auf zum Rathaus, um dort gegen die Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes zu demon-

strieren. Doch die VW-Angehörigen, die eine Debatte über „§ 116“ erwartet hatten, wurden enttäuscht: Auf Antrag der CDU wurde die Diskussion nämlich ersatzlos gestrichen.

Tumultartige Szenen unter den empörten Zuhörern auf der hoffnungslos überfüllten Rattribüne und ein anhaltendes Pfeifkonzert waren die Folge. Fünf Minuten lang konnte man sein eigenes Wort nicht mehr verstehen. Dabei schien der Antrag der Grünen, der Wolfsburger Rat möge den Bundestag auffordern, die Gesetzesanträge zum Streikparagraphen abzulehnen, seinen normalen parlamentarischen Lauf zu nehmen. Sieghard Wilhelm, Fraktionsvorsitzender der Grünen, verwies darauf, daß durch die Änderungen lediglich ein Abwälzen des Risikos von Streikzahlungen vom Arbeitsamt auf die Kommunen erfolge.

Doch dann stellte CDU-Fraktionsvorsitzender Manfred Kolbe den Geschäftsordnungsantrag, die Forderung der Grünen von der Tagesordnung abzusetzen und brachte damit das Publikum in Aufruhr. „Die CDU ist sich bewußt, daß der Paragraph 116 an den Nerv der Gesellschaft geht, aber der Rat der Stadt Wolfsburg hat andere Zuständigkeiten“, so Kolbe. Es gehe nicht direkt um kommunale Belange und folglich habe man kein Mitspracherecht.

Als außerordentlich delikats und politisch bedenklich titulierte SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst-Otto Banderob den von der CDU-Ratsmehrheit inszenierten Eklat. Als er diese Handlungsweise als „Schweinerei erster Ordnung“ bezeichnete, mußte er sich dafür einen Ordnungsruf des Oberbürgermeisters gefallen lassen. In namentlicher Abstimmung setzten CDU und FDP die Debatte kurzfristig ab.

\* aus: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 1985.

**Stadt Frankfurt:  
Antrag der SPD-Fraktion  
im Stadtparlament\***

Betr.: §116 Arbeitsförderungsgesetz

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Nach vielen anderen hat am 29.1.1986 auch das Präsidium des Deutschen Städtetages Bedenken gegen die von der Bundesregierung geplante Änderung des Streikparagrafen (§ 116 AFG) geäußert.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt fordert daher den Präsidenten des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Wallmann auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, ihren Gesetzentwurf zur Änderung des § 116 AFG zurückzuziehen.

**Begründung:**

Die geplante Änderung des § 116 AFG verschiebt nicht nur in unerträglicher Weise die Gewichte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bei Tarifauseinandersetzungen zu Lasten der Arbeitnehmer, sie schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften gezielt und belastet in der Folgewirkung die Sozial-Etats der Kommunen in erheblichem Maße.

Darauf wies bereits der Hessische Städtetag am 21. November 1985 in einem Beschluß hin:

„In der aktuellen Diskussion zum Neutralitätsgebot der Bundesanstalt für Arbeit wird offenbar übersehen, daß die Träger der Sozialhilfe den infolge von Arbeitskämpfen Hilfsbedürftigen nach dieser eindeutigen Rechtslage Leistungen zu erbringen haben. Es wird damit zugleich übersehen, daß die Kosten eines Arbeitskampfes damit - teilweise - auf die kommunale Seite abgewälzt werden. Das kann von den Städten und Gemeinden nicht unwidersprochen hingenommen werden; denn die kommunalen Haushalte werden durch die Steigerung der Sozialhilfeausgaben direkt oder indirekt (Kreisumlage) am stärksten belastet.

In der ersten Jahreshälfte 1985 beläuft sich die Steigerung der Sozialhilfeausgaben erneut auf 9 Prozent. Die überdurchschnittliche Steigerung der Sozialhilfeausgaben ist u. a. dadurch bedingt, daß das Leistungsniveau der Arbeitslosenunterstützung deutlich unter den Regelsätzen der Sozialhilfe liegt und der Anteil der Arbeitslosen, die weder Arbeitslosenhilfe erhalten, ansteigt, die Sozialhilfeträger also zur Finanzierung eines langfristigen Strukturproblems, nämlich der Arbeitslosigkeit, herangezogen werden.“

Die Stadtverordnetenversammlung widerspricht daher ebenfalls dem Gesetzesvorhaben und fordert die Bundesregierung auf, ihre Pläne zur Änderung des § 116 AFG aufzugeben.

\* Antrag 454 vom 5. Februar 1986. Die GRÜNEN IM RÖMER stellten einen ähnlichen Antrag.